

Kurzwahlprogramm Wirtschaft

Nach der Krise ist vor der Krise

Das fordert die Entscheidung, jetzt Veränderungen anzustoßen, die schon vor der Krise nötig gewesen wären und birgt die Verpflichtung, dies auch zu tun.

Bei allem Lob für die schnellen unbürokratischen Hilfen zu Beginn der Krise, offenbaren dies vor allem die Überbrückungshilfen und die Wirtschaftshilfen. Viele Soloselbständige, hybride Existenzen, also Menschen mit Beschäftigung und Selbständigkeit,

aber auch gemeinnützige Vereine und Initiativen ohne angestellte Mitarbeiter - vielfach im sozialen oder kulturellen Bereich - fallen durch's Rost.

Wie viele Existenzen im Nachgang noch zusammenbrechen werden und welche Löcher das in die Versorgungssituation der Bevölkerung reißen wird, können wir erst im Nachgang feststellen - aber das müssen wir auch, um in der nächsten Krise vorbereitet zu sein.

Insolvenzberatung für KMU

Ein erster Schritt muss die Ausdehnung der öffentlich getragenen Insolvenzberatung in den Bezirken auch auf Soloselbständige, Freiberufler, speziell Kulturschaffende sowie Klein- und Kleinstunternehmer sein.

Die vorübergehende Aussetzung der In-

solvenzpflicht war sinnvoll, birgt aber auch Gefahren: speziell die plötzliche Aufhebung der Aussetzung wird viele Selbständige, aber sicher auch gemeinnützige Unternehmen in Schwierigkeiten bringen.

Kultur- und Kreativwirtschaft wieder im Blickpunkt!

Gerade dieser Wirtschaftsbereich bedarf einer intensiven Unterstützung beim Neustart in der Nach-Corona-Phase, um die

destabilisierten Strukturen, die für die kulturelle Vielfalt nötig sind, zu reaktivieren. Um die Aktionsfähigkeit der kleinen

Impressum

DIE LINKE, Charlottenburg-Wilmersdorf

Behaimstraße 17 | 10585 Berlin

Tel.: 030 33778168

E-Mail: info@dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de

 dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de

 DIE LINKE, Charlottenburg-Wilmersdorf

V.i.S.d.P. : Volker Fischer, Behaimstraße 17, 10585 Berlin

DIE LINKE.
Charlottenburg-Wilmersdorf

Beschäftigten zu sichern, ist hinsichtlich der Unterstützung hinsichtlich Arbeitsmarktförderung, Gewerbemieten, Produktionsflächen seitens des Bezirks bevorzugte Unterstützung gefordert:

- branchenspezifische Beratungsangebote,

Wirtschaftsförderung

Im Zentrum der von uns geforderten bezirklichen Wirtschaftspolitik steht eine gestalterische aktive Wirtschaftsförderung mit dem Ziel der Schaffung gesellschaftlichen Wohlstands mit sozial und ökologisch verträglichen Arbeitsplätzen.

Wir wollen die Abteilung Wirtschaft im Bezirksamt aufstocken, um Kapazitäten für eine intensive Betreuung der ansässigen Unternehmen zu schaffen: Kleinunternehmen und Soloselbstständige unterstützen, Stärkung kleiner Unternehmen, gezieltes Flächenmanage-

- proaktive Hilfe auch für den Lebensunterhalt,
- programmübergreifende Beratung und Unterstützung.
- Kulturschaffende bei Freiluftveranstaltungen unterstützen
- Faire Förderbedingungen

ment für Gewerbe und eine besondere Förderung der Kulturwirtschaft, die besonders unter der noch anhaltenden Pandemie-Krise leidet. Vordringlich sind:

- Die angestammten Gewerbe vor Verdrängung durch spekulative Mietsteigerungen schützen
- Mietspiegel für Gewerbemieten
- dem Qualitätsabbau, zum Beispiel auf dem Kaiserdamm und den Geschäftsstraßen, entgegenwirken

Stadt nach Corona – Aufenthaltsqualität erhöhen

Die Bedeutung des öffentlichen Raums und von nutzbaren Außenflächen für private, gewerbliche und öffentliche Nutzungen ist in der Corona-Pandemie gewachsen. Egal ob Kultur, Schulen oder Kitas – sie alle brauchen überdachte Freiflächen. Die Bezirksverwaltung braucht Luftgeschosse und Außenräume. Wir wollen Außenräume künftig besser und mehrfach nutzen. So könnten Sprechstunden des Bürgeramtes unter der Stadion-Terrasse des Olympia-Stadions stattfinden. Wir wollen die „Draußen-Stadt“ qualifizie-

ren und für eine höhere Aufenthaltsqualität in den Kiezen, in Parks und auf Plätzen im gesamten Bezirk sorgen.

Während der Corona-Pandemie wurden im Rahmen des „Sozialschutz-Pakets“ Leistungskürzungen für Empfänger:innen vom Arbeitslosengeld II ausgesetzt. Wir wollen eine komplette Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen. Bis dahin machen wir uns im Bezirk dafür stark, dass im Rahmen eines Pilotprojekts über die Corona-Zeit hinaus Hartz-IV-Sanktionen im Bezirk ausgesetzt werden.